

TUNESIEN: JABEUR MEJRI 7,5 JAHRE GEFÄNGNIS FÜR EINEN KOMMENTAR IM INTERNET



Jabeur Mejri sitzt im Gefängnis, weil er sich auf Facebook kritisch über den Islam geäußert hat. Ein tunesisches Gericht verurteilte den 29-Jährigen deshalb zu siebeneinhalb Jahren Haft. Amnesty International sieht Jabeur Mejri als gewaltlosen politischen Gefangenen an, der nur sein Recht auf Meinungsfreiheit ausgeübt hat.

Jabeur Mejri wurde am 5. März 2012 festgenommen, nachdem er auf Facebook Karikaturen des Propheten Mohammed und islamkritische Äußerungen veröffentlicht hatte. Drei Wochen später sprach ihn ein Gericht in der tunesischen Stadt Mahdia wegen Beleidigung des Islams und der Muslime schuldig und verhängte in allen Anklagepunkten die Höchststrafe. Jabeur Mejri erhielt eine Geldstrafe und eine Freiheitsstrafe von siebeneinhalb Jahren. Sein Freund Ghazi Beji wurde ebenfalls angeklagt und erhielt die gleiche Strafe. Ihm gelang es jedoch, vor seiner Festnahme nach Europa zu fliehen.

Jabeur Mejri verbüßt seine langjährige Haftstrafe in einem Gefängnis in Mahdia. Seine Schwester sagt, er sei sehr niedergeschlagen und habe kaum noch Hoffnung, freizukommen. Ein Berufungsgericht hat das harte Urteil gegen Jabeur Mejri bestätigt. Jetzt kann ihm nur noch eine Begnadigung durch den tunesischen Staatspräsidenten Moncef Marzouki helfen.

Amnesty International betrachtet den jungen Mann als gewaltlosen politischen Gefangenen, der nur deshalb inhaftiert ist, weil er von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat. Jabeur Mejri und sein Freund haben sich in ihren Beiträgen kritisch über den Islam geäußert, aber weder Gewalt befürwortet noch dazu aufgerufen.

In Tunesien ist seit dem Sturz des früheren Staatsoberchefs Zine El Abidine Ben Ali eine islamistische Partei die stärkste politische Kraft. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde eingeschränkt. Die Behörden gehen vermehrt gegen Blogger, Künstler, Journalisten und Regierungskritiker vor. Sie berufen sich dabei auf das tunesische Strafrecht und auf das Telekommunikationsgesetz. Danach sind Meinungsäußerungen untersagt, die als Bedrohung der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Moral oder heiliger Werte angesehen werden.

Diese gesetzlichen Regelungen stehen jedoch im Widerspruch zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den auch Tunesien unterzeichnet hat. Er garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung – und damit auch das Recht, Kritik an Religionen zu üben.

November 2013

DEIN BRIEF KANN LEBEN RETTEN!

Sei dabei: jetzt unterschreiben
und Brief abschicken.

www.amnesty.de/briefmarathon

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

